

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei feiner Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Reichsmark: Die sechsmal gespaltene Beitzelle Mofse's
Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20.
Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer
Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren
durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter
:: :: :: :: Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung :: :: :: ::

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalbe, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friebersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 103

Donnerstag, den 30. Juli 1925

77. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 463 des Handelsregisters ist heute die Firma
Deutsche Vitamin-Nährmittel-Gesellschaft
mit beschränkter Haftung

mit dem Sitze in Pulsnitz und weiter folgendes eingetragen worden:

Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von diätetischen,
medizinisch-diätetischen, pharmazeutischen, kosmetischen und Nährmittel-Präparaten, insbesondere
aller Vitamin-Präparate mit dem deutschen Reichswarenzeichen Nr. 270531 und Nr. 297441,
welche bisher die Firma Schacke & Co. in Dresden in den Handel gebracht hat, und der Pulsal-
Präparate, angemeldet zum deutschen Warenzeichenschutz beim deutschen Patentamt in Berlin
unter der Akten Nr. W 34400/2 Wz, welche bisher von der Firma Apotheker H. Warning in
Pulsnitz in Sachsen vertrieben wurden.

Das Stammkapital beträgt achtzehntausend Reichsmark.

Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. Juni 1925 abgeschlossen worden.

Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Eugen Kirschroth in Dresden bestellt.

Die Gesellschaft wird, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäfts-
führer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten.

Kaufmann Moz Schacke in Dresden bringt ein aus seiner Firma Schacke & Co. die
Abteilung Vitamin Industrie ohne Außenstände und Passiven und zwar wie folgt:

- 1.) Inventar, Lager und Kontorutensilien, Kartonnagen und Verpackungsmaterial,
Reisposten von Ware und Halbfabrikaten, Chemikalien usw.,
- 2.) laufende Verträge, in deren Nachfolgerechte die Gesellschaft eintritt,
- 3.) Schutzrechte DRWZ Nr. 270531 und Nr. 297441, sowie die Rechte für das Ausland
zu ev. Schutzanmeldung.

Diese Sacheinlage wird Herrn Schacke mit 2000 RM auf seine Stammkapitaleinlage
angerechnet.

Apotheker Heinrich Warning in Pulsnitz bringt ein sein beim Deutschen Patentamt
Berlin unter Aktenzeichen W 34400/2 Wz angemeldetes und vor der endgültigen E teilung liegendes
deutsches Reichs-Warenzeichen auf den Namen „Pulsal“ und überläßt der Gesellschaft das

ausschließliche Recht zur Anmeldung weiterer Schutzrechte im In- und Auslande auf die Prä-
parate „Pulsal“, sowie die Herstellung und den Vertrieb der Pulsal-Präparate im In- und Aus-
lande. Ferner bringt er ein seine näher verzeichneten Restbestände, die bestehenden Lieferungsver-
träge auf Pulsal-Präparate und die ausführlichen Rezepte zur fabrikmäßigen Herstellung
der Pulsal-Präparate unbeschadet dessen, daß die wissenschaftlichen und sachmännlichen Ueber-
wachungen in der Herstellung der Pulsal-Präparate ihm übertragen bleiben.

Diese Sacheinlage wird mit 2000 RM auf die Stammeinlage des Herrn Warning an-
gerechnet.

Kaufmann Otto Schuster in Pulsnitz bringt in die Gesellschaft ein, ohne irgendwelche
Nebenzahlungen und ohne eine Miete zu verlangen, die Benutzung der Fabrikations- und Büro-
räume in Pulsnitz. Ferner überläßt er der Gesellschaft zur Ausnutzung seinen Gesamt Organi-
sationsplan unbeschadet der Mithilfe und eigenen Tätigkeit im Außendienst und der Außenorgani-
sation, soweit er selbst nicht durch seine anderen Geschäfte behindert ist.

Diese Sacheinlage wird Herrn Schuster mit 2000 RM auf seine Stammkapitaleinlage
angerechnet.

Amtsgericht Pulsnitz,

am 11. Juli 1925.

Nachstehende Verordnung des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums wird hierdurch
zur öffentlichen Kenntnis gebracht:

Wegen der durch das Aufwertungs-gesetz bestimmten Erhöhung der Hypothekenzinsen
wird die gesetzliche Miete vom 1. August 1925 ab um 5 v. H. der Friedensmiete in Reichsmark, also
auf insgesamt 53 v. H. der Friedensmiete in Reichsmark erhöht. Hierzu kommen wie bisher
27 v. H. Aufwertungssteuer (sogen. Mietzinssteuer).

Dresden, den 27. Juli 1925.

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Pulsnitz, den 29. Juli 1925.

Der Stadtrat.

Das Wichtigste.

Der Reichskanzler hat Dienstag früh Abgeordneten mehrerer
Parteien erklärt, daß die Regierung im Falle einer Ver-
tagung des Reichstages vor Erledigung der Zollvorlage
sowie in Beratungen über die zu ergreifenden gesetzlichen
Maßnahmen eintreten würde.

Wie die Morgenblätter melden, hat Reichskanzler Dr. Luther
dem Präsidenten der Berliner Handelskammer Franz von
Mendelssohn anlässlich der Vollendung seines 60. Lebens-
jahres in einem Telegramm seine Glückwünsche ausgesprochen.
Reichsbankpräsident Schacht erklärte im Zentralauschuß, daß
an eine Herabsetzung des Reichsbank-Diskonts vorläufig
nicht zu denken sei.

Wie die Voss. Ztg. aus Essen meldet, gewährt die Golddis-
kontbank dem Ruhrbergbau einen Kredit von 15 Mill. Mk.
Gestern stattete eine ärztliche amerikanische Studienkommission
dem städtischen Hospital Buch in Berlin einen Besuch ab.
Die amerikanischen Besucher zeigten großes Interesse an
dieser eigenartigen Anstalt, die ärztliche und soziale Für-
sorge miteinander verbindet.

Die Saardelegation hat Paris verlassen. Man glaubt, daß
mit einer Beendigung des Bergarbeiterstreiks im Saarge-
biet zu rechnen ist, da in der letzten Besprechung der Ar-
beitsminister eine Lohnerhöhung von 5 % zugesagt hat.
Man glaubt, daß Herriot während der Parlamentsferien nach
Amerika reisen wird und daß er zum Präsidenten der
französischen Schuldenkommission in Washington ernannt
werden wird.

Das Kompromiß über den englischen Flottenbau sieht 80
Neubauten bis 1930 vor.

In der Grafschaft Carmarthen in Wales stürzten Stei-
nende ein Kohlenbergwerk. Polizeikräfte wurden aus der
Umgebung zur Wiederherstellung der Ordnung herangezogen.
Der englische Staatssekretär für die Dominien, Amery, teilte
im Unterhause mit, daß wegen der großen Arbeitslosigkeit
in England in den nächsten zehn Jahren allein in Australien
450 000 Auswanderer aus England angesiedelt werden sollen.
Abd el Krim scheint seine Truppen, die er von der franzö-
sischen Front weggezogen hat, an der spanischen Front zu
einer Offensive gegen die Spanier zusammenzuziehen.

Da die Kommunisten in letzter Zeit eine stärkere Tätigkeit
in Arbeiterkreisen entfalten, beschloß der Präsident von
Panama die Ausweisung aller lästigen Ausländer.

Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß in der Nähe von
Belgrano ein Personenzug entgleist ist. 6 Personen wurden
getötet und dreißig verletzt.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Spenden.) Anlässlich der Stadtrechts-
feier und des Heimatfestes sind gemäß übereinstimmenden
Beschlüssen der städtischen Kollegien an hiesige Klein-, Sozial-
rentner, Erwerbslose, Rentnerlose und Kinderreiche insgesamt
1884 M als besondere Spende ausgezahlt worden.

Pulsnitz. (Spenden.) Anlässlich des Heimatfestes
sind bei dem hiesigen Stadtrat als Spenden folgende Beträge
eingegangen: Von Herrn Fabrikbesitzer Ernst Lachmann
1000 M, von Herrn Fabrikbesitzer Martin Hauffe 300 M,
von Herrn Fleischermeister Robert Hartmann 100 M,
von Frau Kommerzienrat Hoffmann, geb. Feilgenhauer
in Dresden 50 M. Außerdem hat, wie bereits in den
früheren Berichten über das Heimatfest gestanden hat, der
Bezirksverband Kamenz 1200 M mit der Bestim-
mung zur Verfügung gestellt, daß die Zinsen zur Ergänzung
der städtischen Volksbücherei verwendet werden. Schließlich
hat noch die Firma Hermann Aurich in Dresden-M. für
die Mitglieder des Stadtrates und des Stadtverordneten-
kollegiums wertvolle und künstlerisch hochstehende Abzeichen
gestiftet, welche von den genannten Herren bei feierlichen
Anlässen in ihrer Eigenschaft als Gemeindevertreter getragen
werden sollen. Die Mitglieder der städtischen Kollegien
haben das Ehrengeschenk angenommen. — Allen Spendern
sei auch an dieser Stelle nochmals der herzlichste Dank aus-
gesprochen.

Pulsnitz. (Durch Urteil des Schöffens-
gerichts Pulsnitz) vom 15. Juli 1925 ist der in Pulsnitz
wohnhafte Wübbelfabrikant G. H. wegen öffentlicher Beleidigung
des Stadtrates zu Pulsnitz zu 50 RM Geldstrafe, er-
satzweise 2 Tagen Haft, rechtskräftig verurteilt worden. — Die
niedrige Straf bemessung erklärt sich aus besonderen Verhält-
nissen, welche hinsichtlich der Person des G. zu berück-
sichtigen waren.

— (Die Sichel klingt!) Geht der Juli zu Ende,
so ist es mit der ersten Rosenpracht und der Lindenblüte
vorüber. Zubeleb pflücken die Kinder Kornblumen und
Mohn, die zwischen den Halmen des Getreides mit jedem
Morgen aufs neue sich erschließen, bis nun die Sichel klingt
und der bunte Schmuck mit der schweren Fülle der körner-
reichen Halme unter den blitzenden Eisen niederstinken. Die
ersten Kartoffelreiser schaukeln sich in der warmen Som-
merluft. Und bald werden die ersten Volgelstige nach dem
Süden stattfinden. So geht die Zeit dahin, unaufhaltsam!
Wir gehen mit, bis die silbrigen Marienfäden des Sommers

in unserm Haar hängen bleiben und sich durchaus nicht mehr
entfernen lassen wollen. Natur und Menschenleben — wie
gleichet ihr euch. Kreise, Kreise, wohin wir sehen! Schüchtern
steht eine neue Linie an. Der Griffel des Lebens tut seinen
schönsten Schwung. Und langsam, zitternd schließt sich der
Kreis wieder, denn die Lebenslaufbahn hat sich erfüllt und
vollendet. Noch stehen wir jetzt in der bunten Fülle des
Jahres. Aber die immer kürzer werdenden Tage mahnen
uns doch daran, daß der Gipfel überschritten ist und die
verschwendische Maienpracht hinter uns liegt. Wir bitten
jetzt weniger ums „Entsalzen“ als ums „Erhalten“, damit
uns noch recht lange sommerlich schöne Tage beschieden sein
mögen, weil ja der Wind schon über die Stoppelfelder weht!

— (Witterungsumschlag in Aussicht) In
Westfrankreich ist ein Tiefdruckgebiet entstanden, das sich
nach Südengland und Nordostfrankreich fortgepflanzt hat.
Dort sind Gewitter, und zwar stichweise recht starke, nieder-
gegangen, die eine ganz bedeutende Temperaturabnahme zur
Folge hatten. In diesen Gegenden ist das Thermometer
um 10 bis 15 Grad gesunken. Während der Nacht hat sich
das Tiefdruckgebiet nach Osten verschoben. Zwischen ist
das Tiefdruckgebiet weiter nach Osten vorgeschritten und er-
streckt sich auch über unsere Gegend. Barometer und Thermo-
meter sind bedeutend gefallen, die Temperatur hat eine merkliche
Abkühlung erfahren. Der Himmel ist meist bewölkt und in-
zwischen sind auch schon häufig Regenschauer eingetreten.

— (Wieviele Haushaltungen gibt es in
Deutschland?) Nach der neuen Volkszählung darf man
die Zahl der Haushaltungen in Deutschland auf 15 Millionen
schätzen. 4 Millionen hiervon entfallen auf die Großstädte;
1,8 Millionen Haushaltungen zählt allein Berlin. Durch-
schnittlich bilden demnach vier Personen einen Haushalt.

Rammensau. (Gestohlen) wurden in der Nacht
vom Donnerstag zum Freitag voriger Woche bei dem Ge-
händler Behold durch Einbruch zwei Fahrräder. Die Diebe,
von denen noch jede Spur fehlt, schnitten ein Loch in eine
Fenster Scheibe, um sich Zugang zu verschaffen.

Dresden. (Obstüberfluß in der Slowakei.)
In der Tschecho-Slowakei ist heuer, wie „E. Sl.“ meldet,
eine so ungewöhnlich große Obsterte zu verzeichnen, daß
das Obst nicht an den Mann gebracht werden kann, es fehlt
an Käufern, Beförderungsmitteln, an der Organisation, an
Arbeitskräften und vor allem an Zoll- und Transporter-
leichterungen. Deutschland würde eventuell das Obst kaufen,
aber der Ausfuhrzoll von 5 Kronen pro Meterzentner Obst
macht den Verkauf zu teuer. Man schätzt den Obsterte-
ertrag auf 60 000 Waggons, von denen bloß 20 000 für

den Inlandsverbrauch in Frage kommen. Das Blatt meint, es sei zu befürchten, daß die übrigen 40 000 Waggons Obst zugrunde gehen und dem Staate ein Millionenchaden erwächst durch die Einsichtslosigkeit der maßgebenden Behörden.

Birna. Vom Blitz erschlagen.) Die beiden Pächter der Jagd in Dobra waren am Sonntag nachmittag mit zwei Freunden auf den Anstand gegangen. Bei dem aufziehenden schweren Gewitter suchten der Kaufmann Müller aus Dresden und ein Herr Linke aus Halberstadt in der neuen Jagdhütte Schutz. Ein Blitz schlug in eine in der Nähe stehende Fichte und sprang dann auf die Jagdhütte über. Der Kaufmann Müller wurde vom Blitz getroffen und sofort getötet, während Linke betäubt wurde und lange Zeit benimmungslos lag. Besonders heftig trat das Gewitter auch in der Gegend von Stolpen, Dürrohorsdorf und Jessen auf.

Politische Rundschau

Zur parlamentarischen Lage. — Die fehlenden Abgeordneten.

In parlamentarischen Kreisen Berlins rückt die parlamentarische Lage immer noch schärfer in den Vordergrund, da die Frage der Entscheidung über die wichtigen, noch zur Beratung stehenden Gesetze und Vorlagen sich gerade in den letzten Tagen außerordentlich zugespitzt hat. Die Schwierigkeiten der letzten Tage liegen namentlich auch darin, daß eine große Anzahl von Abgeordneten fehlt, wodurch die Mehrheit der Regierung taktisch zeitweise geschwächt war. So fehlten zum Beispiel am Montag etwa 100 Abgeordnete der Regierungsparteien, was bei der Wichtigkeit der Vorlagen innerhalb der Fraktionen einen starken Unwillen ausgedrückt hat. In parlamentarischen Kreisen wird sogar der Gedanke erwogen, die Namen der fehlenden Abgeordneten zu veröffentlichen. Inzwischen hat sich eine große Anzahl der fehlenden Abgeordneten aber bereits wieder eingefunden und in den Kreisen der Regierungsparteien rechnet man bestimmt damit, daß auch die übrigen Abgeordneten sobald als möglich zu den Verhandlungen zurückkehren, die bereits eine so starke Verzögerung erfahren haben, daß die Mehrheit eine schleunigste Erledigung für dringend geboten hält. Man ist auch der Ansicht, daß die kommunistische Obstruktion nur dazu beitragen wird, den fehlenden Abgeordneten der Mehrheit die Notwendigkeit ihrer Anwesenheit besonders drastisch vor Augen zu führen.

Die neuen Einkommensteuern.

Die angekündigten neuen Anträge der Regierungsparteien zur Einkommensteuervorlage liegen jetzt dem Reichstag vor und werden bei der heutigen Fortsetzung der zweiten Beratung der Vorlage erörtert werden. Der erste Antrag beschäftigt sich mit dem Steuertarif und sieht für die Festsetzung der Einkommensteuer den Abzug folgender Beträge vor: 1. 600 M. als steuerfreier Einkommensteil, sofern das Einkommen den Betrag von 10 000 M. jährlich nicht übersteigt; 2. für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind je 8 Prozent des über 600 M. hinausgehenden Einkommens, jedoch mindestens für die Ehefrau 100 M., für das erste Kind 100 M., für das zweite Kind 180 M., für das dritte Kind 260 M., für das vierte und jedes folgende Kind 450 M. und höchstens je 540 M. für die Ehefrau und jedes Kind, insgesamt nicht mehr als 8000 M.

Der zweite Antrag betrifft die Lohnsteuer und sieht vor, daß außer dem steuerfreien Existenzminimum von 960 M. jährlich (80 M. monatlich) vom Steuerabzug befreit bleiben für die Ehefrau und für jedes minderjährige Kind je 10 Prozent des Arbeitslohnes, der über das Existenzminimum hinausgeht. Mindestens sollen das sein für die Ehefrau 120 M. jährlich (10 M. monatlich), für das erste Kind 120 M. jährlich (10 M. monatlich), für das zweite Kind 240 M. jährlich (20 M. monatlich), für das dritte Kind 480 M. jährlich (40 M. monatlich) und für das vierte und jedes folgende Kind je 600 M. jährlich (50 M. monatlich).

Polen bittet Deutschland um neue Wirtschaftsverhandlungen.

Der polnische Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat unter dem 18. d. M. ein Schreiben an den deutschen Bevollmächtigten, Staatssekretär z. D. Lewald, gerichtet, in dem er den polnischen Standpunkt noch einmal auseinandersetzt und am Schlusse erklärt, daß nach polnischer Auffassung die Verhandlungen ohne formelle Unterbrechung in der Weise weitergehen sollten, daß die beiden Delegationen sich spätestens am 15. September, eventuell auch schon früher, wieder vereinigen sollten, um die Verhandlungen zu einem provisorischen oder definitiven Abschluß zu bringen.

Der deutsche Bevollmächtigte hat darauf am 27. d. M. unter Nichtingstellung einiger Ausführungen der polnischen Note erwidert, die deutsche Delegation sei, wenn sie auch die Verhandlungen als zurzeit formell unterbrochen betrachte, im Interesse der Abklärung des von polnischer Seite begonnenen Wirtschaftskrieges jederzeit bereit, die Frage der Wiederaufnahme der Verhandlungen zu prüfen, sobald die deutsche Delegation sich

auf Grund neuer Erklärungen

der polnischen Delegation vor eine veränderte Verhandlungslage gestellt sähe, welche für eine Wiederaufnahme der unterbrochenen Verhandlungen Aussicht böte. Sie sei auch bereit, der Anregung der polnischen Delegation entsprechend am 16. September mit dieser zusammen die Frage zu prüfen, ob nach der dann bestehenden Lage der Abschluß eines Provisoriums oder eines endgültigen Handelsvertrages möglich sei. Einen Erfolg würden diese Verhandlungen allerdings nur dann versprechen, wenn sie durch neue Erklärungen der polnischen Delegation gefördert würden.

Englisch-französische Verhandlungen über den Sicherheitspakt.

Paris, 29. Juli. „Temps“, der sich in seinem Leitartikel wiederum mit dem Sicherheitspakt beschäftigt, äußert sich optimistisch über den Stand der englisch-französischen Verhandlungen, er schreibt: Wenn die britische Regierung sich an das in Genf im vorigen Monat erzielte prinzipielle Einverständnis hält, woran niemand das Recht hat zu zweifeln, so wird es keine ernstlichen Meinungsverschiedenheiten über die Punkte geben, die zwischen den alliierten Regierungen geregelt werden müssen, bevor man in erste Verhandlungen mit Deutschland eintreten kann. Wenn die Engländer und die Franzosen, so führt Temps weiter aus (und er glaubte, dafür englische Blätter anführen zu können) einig sind, jede deutsche Forderung einer Wänderung des Besetzungszustandes in den Rheinländern abzulehnen und Deutschland besondere Garantien hinsichtlich etwaiger durch die Alliierten vorzunehmender Sanktionen zu verweigern, so sieht man nicht ein, auf welche Schwierigkeiten man noch stoßen könnte, wenn es sich darum handelt, die französische Antwort auf die deutsche Note von 20. Juli festzulegen. Aber trotz dieser angeblichen Einigung zwischen London und Paris ist nach Ansicht des Blattes noch ein weiter Weg zurückzulegen, um ein vollständiges Einverständnis zwischen London und Paris über bestimmte Formeln zu erzielen.

Sicherheit und Abrüstung.

Swampscott, 29. Juli. Präsident Coolidge gab in einer Unterredung der Meinung Ausdruck, daß das Zustandekommen eines europäischen Sicherheitspaktes die weitere Abrüstung der europäischen Staaten außerordentlich fördern werde.

Polnischer Militarismus — große Herbstmanöver.

Warschau, 29. Juli. Die Herbstmanöver des polnischen Heeres sind auf die Zeit vom 11. bis 20. August angesetzt. Sie beginnen im Räume von Brody mit der Konzentrierung von 12 Kavallerieregimentern, technischen Truppen, Flugzeugen und Panzerkraftwagen und endigen in der Thorer Wojewodschaft mit Übungen von Infanterie- und Artillerieschwadronen. Die Hauptstaaten, Frankreich, Belgien, England, Italien, die Staaten der Kleinen Entente, Spanien, Portugal und die Türkei werden auf Einladung des polnischen Kriegsministers Sikorski Generale oder Generalstabsoffiziere als Beobachter entsenden. Auch Ministerpräsident Grabli, der Landtags- und der Senatsmarschall sowie die Mitglieder der Heereskommission des Sejms und des Senats werden den Manövern beiwohnen. Anschließend an diese militärischen Übungen sollen die ausländischen Gäste Lemberg, Krakau, Galopane und Kattowitz besuchen.

Keine Räumung Kölns.

London, 29. Juli. Auf eine Anfrage im Unterhaus, wann angesichts der augenblicklichen Durchführung der Räumung deutscher Gebiete die Regierung Köln zu räumen beabsichtige, erwiderte McNeill, die Räumung werde erfolgen, sobald die deutsche Regierung die Ausführung der in der Note der Alliierten vom 4. Juni enthaltenen Abrüstungsmaßnahmen vollendet haben werde. Auf eine weitere Frage, welcher Fortschritt auf dem Wege zu einem Einvernehmen über die Behandlung dieser Angelegenheit erzielt worden sei, erwiderte McNeill, dies sei eine andere Angelegenheit; die Anfrage müsse vorher angemeldet werden.

Dollar-Kredite für die deutsche Landwirtschaft.

Newyork, 29. Juli. Die Wallstreet beschäftigt sich heute eingehend mit den Gerüchten über die Verhandlungen in der National City Compagnie und anderer ausländischer Großbanken über die Gewährung eines Kredites von 50 Millionen Dollar an die Deutsche Rentenbankkreditanstalt. Man glaubt, daß die Verhandlungen schon ziemlich weit fortgeschritten sind und bald zum Abschluß führen werden. Der Vizepräsident der National City Bank wird sich nach Deutschland begeben, um in Berlin die Verhandlungen fortzusetzen.

Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich.

Die deutsche Note vom 16. Juli d. J. wurde zu Anfang von der französischen Regierung und von der französischen Presse günstig aufgenommen und beurteilt. Die deutsche Note war in der Tat vom Geiste friedlichen Verständigungswillens befeelt, so daß der französische Chauvinismus in Paris keine Angriffspunkte an ihr entdecken konnte. Unmühsam versuchen nun diese Kriegsbeher in Paris irgendwelche Punkte aus der deutschen Note herauszufinden, die die kommenden Verhandlungen erschweren könnten. Es ist besonders die Verknüpfung der Frage der Sicherheit und der Abrüstung.

Die englische öffentliche Meinung ist mit der deutschen Note sehr zufrieden gewesen. Obwohl auch die englischen Staatsmänner rein englische Interessenpolitik treiben und nur auf die Vorteile des englischen Imperiums bedacht sind, kam ihnen die deutsche Note sehr zupass, da England eine Konsolidierung der europäischen Verhältnisse wünscht. England hat das größte Interesse daran, aus seinen momentanen innerpolitischen Krisen einen Ausweg zu finden. Diesen Ausweg glaubt es gefunden zu haben in der Erschließung von beständigen festen Absatzgebieten in Europa. Zur Erreichung dieser Ziele braucht es aber den europäischen Frieden, und man kann zuversichtlich daran glauben, daß England im Jahre 1925 und für die nächste Zeit friedliche Zustände in Europa erstrebt.

Zwischen Paris und London findet ein lebhafter Meinungsaustausch über die deutsche Sicherheitspaktnote statt.

Er soll dazu dienen, die bestehenden gegensätzlichen Auffassungen zwischen dem Quai d'Orsay und der Downing Street zu mildern und auf eine einheitliche Basis zu bringen. Diese Bemühungen scheinen von wenig Erfolg gekrönt zu sein. Paris entrüstet sich lebhafte darüber, daß die deutsche Regierung den Sicherheitspakt abhängig macht von dem Zustandekommen einer allgemeinen Abrüstung, wie sie auch in der Völkerbundsatzung als Ziel der allgemeinen Abrüstung Europas aufgestellt ist. Als vorsichtige Diplomaten haben sofort die englischen Regierungsmänner eingelenkt und in ihren letzten Reden betont, daß die deutsche Regierung etwas zu schnell vorgegangen sei. Vom deutschen Standpunkt kann man dem nicht beipflichten. Wenn endlich einmal ehrliche Politik in Europa geübt werden soll, dann soll man auch den Bekennermut aufbringen und in die Welt hinaus schreiben, daß Deutschland zwar abgerüstet ist, die Länder um Deutschland in Europa jedoch im Waffenstillestand. Fort mit der ewigen Heuchelei der Ententestaaten! Die Ententestaaten sollen endlich einmal ihren Friedenswillen dadurch bekunden, daß sie den seit langem erhobenen Forderungen der Menschheit nach allgemeiner Abrüstung nachkommen. Ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als einzig abgerüstetes Land inmitten von Staaten, die von Tag zu Tag ihre Kriegsrüstungen vermehren, wäre eine Ungeheuerlichkeit in sich.

Eine getrennte Behandlung der beiden Probleme Sicherheit und Abrüstung bei den kommenden Borerörterungen oder Verhandlungen über den Sicherheitspakt ist nicht möglich. Die französische Regierung möge sich nur dazu bequemen, ehrlich der Frage des Abbaus des französischen Militarismus und Imperialismus näherzutreten. Wir glauben, daß dann England mit der Abrüstung der englischen Heeres- und Seemacht nicht hinhalten wird. Allerdings ist es ein böses Zeichen für die Befriedung der Welt, daß die von Amerika verlangte allgemeine Abrüstungskonferenz nicht zustande kommen kann. Bei der Vereinigten Staaten von Amerika und bei den früheren Gegnern Deutschlands scheinen immer noch kriegerische Nebenabsichten eine große Rolle zu spielen. Pazifisten wollen wir noch lange nicht deswegen sein, wenn wir die allgemeine Abrüstung Europas und der Welt fordern. Was man aber verlangen kann, das ist eine ehrliche Politik der europäischen Staaten und praktische Verwirklichung der im Völkerbund aufgestellten Ideale.

Keine französische Offensive in Marokko

Die Rifstämme bedrohen Bessan.

Paris, 29. Juli. Der Sonderberichterstatter der „Information“ meldet aus Fez über die Lage in Marokko: Der Feind bedroht Bessan. Man erwartet einen Angriff der Dschehalas. Der am weitesten vorgeschobene Posten von Soudia im Frontabschnitt von Bessan ist kampflös zurückgenommen worden. Die französischen Frontabschnitte im Zentrum und im Osten erhielten neue Verstärkungen. Westlich von Ain Aissa ist der kleine Posten Derader geräumt worden. Die Stellung Bab Murudsch, nördlich von Taza, wurde ausgebaut.

„Havas“ berichtet aus Fez über die Umgestaltung der oberen Kommandostellen in Marokko: Alle Streitkräfte zu Wasser und zu Lande sind dem Marschall Lyautey unterstellt. Die mobilen Streitkräfte stehen unter dem Befehl eines Oberkommandierenden, der der Oberleitung Lyauteys unterstellt ist. Die außerhalb der Operationszone stehenden Truppen sind dem Marschall Lyautey unmittelbar unterstellt. Die Verbindung zwischen Lyautey und dem Frontoberkommando wird durch einen besonderen Stab sichergestellt. Das Frontoberkommando übt im Auftrage Lyauteys die politischen Funktionen und das Oberkommando über die Hilfsstreitkräfte aus.

Lebhafte Angriffstätigkeit Abd el Krims.

Die Bedrohung von Bessan, gegen das der Feind von Djebel Sarjar heranrückte, besteht, wie aus Fez vom 28. berichtet wird, weiter fort. Die feindlichen Streitkräfte östlich von Fez el Bali und nördlich von Bergha erhielten weitere Verstärkungen. Dadurch werden die Stämme der Fichtala bedroht. Im mittleren Frontabschnitt stieß der Feind einige Kilometer südöstlich von Tiza vor, er vertrieb einen französischen Posten, der aus franzosenfreundlichen Eingeborenen bestand, und setzte das Wachgebäude in Brand. Durch das Eingreifen französischer regulärer Truppen wurde der Feind wieder nach Norden zurückgeworfen. Im Osten entfalteten die Rifstämme bei den Tuls und Branes, die Verhandlungen mit den Franzosen aufnehmen wollten, eine lebhaft propagandistische Tätigkeit.

Eine weitere Meldung besagt, daß in Casablanca bedeutende Verstärkungen gelandet wurden. Der Feind scheint jetzt seine Truppenaufstellung beendet zu haben, und man begegnet an den verschiedenen Frontabschnitten einer aktiveren Tätigkeit. Diese Aktivität betrafte sich vor allem in Handstreichen gegen franzosenfreundliche Dörfer, die in Brand gesteckt wurden. Alles in allem scheinen die Rifstämme die Absicht zu haben, demnächst vor dem Eintreffen der französischen Verstärkungen, die ihnen Beunruhigung einflößten, einen großen Schlag zu unternehmen.

Inland und Ausland.

Englische Ehrung für Johann Sebastian Bach.

London, 29. Juli. Anlässlich des 175. Todestages des großen Komponisten Johann Sebastian Bach hat der Londoner Rundfunk ein Konzert aus seinen Werken gegeben.

Fertigstellung des Elberfelder Rundfunksenders.

Elberfeld, 29. Juli. Die Arbeiten am Elberfelder Rundfunksender sind jetzt beendet. Mit der Probefeldsendung auf Welle 270 wurde begonnen und ein sehr gutes Ergebnis erzielt.

Der Kronprinz in München.

+ München, 29. Juli. Der deutsche Kronprinz ist zum Besuch des Braunschweiger Herzogpaares in München eingetroffen und hat die deutsche Verkehrsausstellung unter Führung des Vorsitzenden der Geschäftsleitung Oberregierungsrat Cesta, mit großem Interesse besucht. Er hat sich über die Bedeutung und Mannigfaltigkeit des Gezeigten mit voller Anerkennung ausgesprochen.

Marianne, die geistige Mutter der Tschechei.

+ Paris, 29. Juli. Die Pariser Radiotelegraphische Gesellschaft gab ein tschechoslowakisches Konzert, das der tschechische Gesandte Duský mit einer Ansprache an Frankreich, die „Geistige Mutter der Tschechoslowakei“, eröffnete. Auch die Tschechoslowakei fordere wie Frankreich Sicherheit und moralische Abrüstung in Europa. Dafür müssen der internationale Gerichtshof im Haag oder der obligatorische Schiedspruch im Rahmen des Völkerbundes sorgen. Frankreich und die Tschechoslowakei als Verbündete würden stets für den Frieden eintreten.

Zur englischen Industriekrise.

+ London, 29. Juli. Der von der Regierung eingesetzte Ausschuss zur Untersuchung der Lage in der britischen Kohlenindustrie hat einen Bericht herausgegeben, in dem es heißt: Der Ausschuss hat sich von der Berichtigung der Forderung der Arbeiter nach Festsetzung eines Mindestlohnes in einem neuen Lohnabkommen überzeugt. Der Ausschuss ist der Ansicht, daß die Leistungsfähigkeit der Industrie wesentlich erhöht werden könne durch Zusammenschluß und Zusammenarbeit mit anderen Industrien, und daß eine Verbesserung der Kohlenverteilung zur Verminderung der Preise und zur Erhöhung der Nachfrage führen würde.

Kommunale Steuerbeschränkung und Industrie

Der Vorstand der Ortsgruppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller beschäftigte sich in einer seiner letzten Sitzung mit der Preissenkung, die unter der Ueberchrift „Mögliche Folgen der kommunalen Steuerbeschränkung für Industrie und Wirtschaft“ darauf hinwies, daß infolge des Abstriches, den das Reich an Ueberweisungen für Länder und Gemeinden mache, nunmehr weder an eine Herabsetzung der Gebühren der städtischen Werke noch an die Weiterverwendung städtischer Einnahmen für die Industrie zu denken sei. Der Vorstand der Ortsgruppe würde es bedauern, wenn derartige Erwägungen tatsächlich maßgebend für die Finanzpolitik der Städte werden sollten, und macht darauf aufmerksam, daß es im eigenen Interesse der Kommunen liegen werde, die in ihren Bezirken ansässigen industriellen Betriebe nach jeder Möglichkeit zu fördern. Daß die Wirtschaft mit Steuern überbürdet ist, werde auch von den Kommunalverwaltungen anerkannt, und es muß infolgedessen merkwürdig berühren, daß sie den Verjahren, diese Steuerlast durch weitgehende Sparmaßnahmen in allen öffentlichen Verwaltungen mildern zu helfen, so starken Widerstand entgegensetzen. In den Verhandlungen des Reichstages ist bekanntlich mitgeteilt worden, daß die 75% aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer, die nach Annahme des Finanzanschlusses den Ländern und Gemeinden überwiesen werden, in ihrer absoluten Höhe den 90%igen Ueberweisungen des Vorjahres gleichkommen werden. Tatsächlich haben auch die Reichseinnahmen für die Monate April und Mai bereits 45% mehr eingebracht als der Voranschlag vorsah. Nicht nur die Wirtschaft, sondern die Allgemeinheit und insbesondere auch die Kommunen haben das größte Interesse daran, daß die Industrie, die, wie die Veröffentlichungen der Abschlüsse der Aktiengesellschaften zeigen, infolge des Steuerdruckes in großem Umfang ohne Rente arbeitet, wieder Ertragnisse abwirft und daß die Besteuerung sich in vernünftigen Grenzen hält. Die schwere Wirtschaftskrise im Westen des Reiches beginnt sich bereits jetzt dort in den Kommunen so stark auszuwirken, daß diese sich zu gemeinsamen Beratungen über die Beschränkung ihrer Ausgaben und Aufgaben zusammenschließen. Diese Notwendigkeit wird sich bald auch für die sächsischen Gemeinden ergeben, wenn die es nicht verstehen, sich von der bisherigen Art der Ausgabenpolitik abzuwenden, die den wichtigsten Grundgedanken jeder privaten wie öffentlichen Finanzpolitik vermissen läßt, daß die Ausgaben nach den bei den gegenwärtigen schweren Wirtschaftsverhältnissen vernünftigerweise möglichen Einnahmen zu bemessen sind.

Aus aller Welt.

Ein evangelischer Geistlicher zu Gefängnis verurteilt. Das französische Militärgericht in Landau hat den evangelischen Prediger Bohn von Vergabern zu vier Tagen Gefängnis wegen Ungehorsams verurteilt, weil er sich mit Recht geweigert hat, die Kirchenschlüssel der protestantischen Kirche in Vergabern einem französischen Kruppenteil, das in Vergabern Quartier bezog, herauszugeben. Außerdem erhielt der geistliche Würdenträger wegen „beleidigender Haltung gegenüber der französischen Befehlsmacht“ 150 Mark Geldstrafe. Prediger Bohn hatte zwei französischen Soldaten, einem farbigen und einem weißen, die von ihm die Kirchenschlüssel verlangten, gesagt, daß sie wohl die Schlüssel zu dem Saale in dem neben der Kirche gelegenen alten Schulhaus meinten, wo die französische Einquartierung gewöhnlich untergebracht wird, und daß er diese Schlüssel jedoch nicht in Verwahr habe, sondern die Gemeinde.

** Der gefährliche Sängerschor. Die Befehlshaberbehörde hat das für Bingen angekündigte Konzert des bekannten Berliner Schwarzmeiserchen Kinderchors verboten. Die Sängerschore traf im Laufe des Dienstags ein, mußte aber wieder abreisen. Der Chor hatte in der vorigen Woche in Oberwesel und Kreuznach gesungen.

** Brudermord. Der Maler und Händler Georg Klinger in München, der mit seinem Bruder Joseph in Unfrieden lebte, erschlug diesen, nachdem er vorher gewalttätig in

ore ihm verbotene und verbotene Wohnung seines Bruders eingedrungen war. Er will dabei in Notwehr gehandelt haben, da der Bruder auf ihn mit dem Gummiknüppel losgegangen sei.

** Schweres Autounglück. Auf der Straße Quedlinburg—Alfshausen wurde beim Passieren einer schrankenlosen Ueberfahrt das Auto des Landwirts Siebenhühner aus Quedlinburg von einem Zuge erfasst und vollkommen zertrümmert. Siebenhühner wurde auf der Stelle getötet. Zwei weitere Personen wurden lebensgefährlich verletzt.

** Raube? Gegen das Haus des Obmannes der Kriegsteilnehmer in Parma wurde eine Bombe geworfen, worauf heftige Gewehrfeuer aus den umliegenden Häusern gegen die stehenden Täter einsetzte, von denen keine Spur gefunden wurde.

** Eine Verzweiflungstat vor Gericht. Wegen eines fortgesetzten Versuches, ihre zerrüttete Ehe durch Vergiftung ihres Mannes zu lösen, wurde vom Münchener Schwurgericht die Offiziantenfrau Maria Maier trotz der Beteuerung ihrer Anwälte zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

** Selbstmord? Aus Innsbruck wird gemeldet: Aus dem Achensee wurde neulich die Leiche eines Mannes herausgezogen. Bei dem Toten fand man einen mit 10 Kilogramm Steinen beschwerten Rucksack, der den Mann naturgemäß sofort in die Tiefe ziehen mußte. Es handelt sich augenscheinlich um einen Selbstmord. Nach dem bei dem Toten vorgefundenen Gegenständen dürfte es sich um einen Reichsdeutschen handeln. Der Selbstmord ist offenbar vor kurzem erfolgt.

** Zwei Falschmünzer. Die Elberfelder Kriminalpolizei machte zwei junge Dentisten dingfest, als sie gerade dabei waren, große Summen Falschgeld zu verausgaben. Nach ihrer Verhaftung fand man sämtliche Werkzeuge zur Herstellung des Falschgeldes sowie größere Summen des Geldes. Die beiden jungen Leute hatten bereits im Rheinland, im Sieger Land und in Hessen Falschgeld untergebracht.

** Zum Tiroler Autounfall. Verschiedentlich war berichtet worden, daß wegen des Tiroler Autounfalls der Lenker des Pressautomobils der Batschari-Fahrt, ein Direktor der Zeppelinwerke verhaftet worden sei. Wie uns dazu die Maybach-Motorenfabrik G. m. b. H. in Friedrichshafen mitteilt, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen. Der Lenker des verunglückten Wagens war nicht ein Direktor des Zeppelinwerkes, sondern ein Beamter des Verkaufsbüros der betreffenden Automobilfirma. Auch sei die Nachricht falsch, daß der Lenker des Automobils von den österreichischen Behörden verhaftet worden sei.

** Für 10 000 Mark unverfälschte Möbel verbrannt. In Langenwörde, Kreis Einbeck, brach auf dem Anwesen eines Landwirtes ein Feuer aus, das sich auf das Nachbargrundstück eines Möbelfabrikanten ausdehnte. Dem Möbelfabrikanten sind für etwa 10 000 Mark nichtverfälschte Möbel verbrannt. Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann schwer am Kopf verletzt, zwei andere wurden von einer einfallenden Mauer bedeckt, konnten aber glücklicherweise ohne schwere Verletzungen geborgen werden.

** Großer Brandschaden. In Neustifter brach ein Feuer aus, das in rasender Schnelligkeit den ganzen oberen Teil des Dorfes ergriff und in Asche legte. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, entstand das Feuer in der Futterkammer des Gastwirts Dammann und wurde dann durch den Luftzug auf die Diele getragen, wo gerade Korn abgeladen wurde. Durch den Wind und die Trockenheit begünstigt, wurde die Feuergefahr auf andere Häuser getragen. Dieser ganze Vorgang spielte sich in etwa zehn Minuten ab. Es sind zwölf Wohnhäuser und etwa zehn Nebengebäude ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden ist sehr groß. Manche Besitzer haben die ganze Roggenernte und die erste Heuernte verloren.

** Verlobung des Professors Keynes. Der bekannte Wirtschaftspolitiker, Professor Keynes, hat sich mit der russischen Ballettänzerin Lopuchowa verlobt.

** Ein politischer Mord in Lemberg. In Lemberg wurde der Agent der Warschauer politischen Polizei Czernowstwy von einem jugendlichen Kommunisten auf der Straße vor dem Gerichtsgebäude erschossen. Der Mord geschah auf Befehl der kommunistischen Partei als Rache dafür, daß Czernowstwy den Attentäter des Präsidenten der Republik in einer Gerichtsverhandlung schwer belastet hatte. Der Täter wurde verhaftet.

** Riesenunterschlagung. Der Legationssekretär Timor Plattky, der bei der ungarischen Gesandtschaft in Warschau in Diensten stand, ist nach Unterschlagung von eintaufend Dollar aus der Handtasche und einer Fälschung in der Höhe von 18 000 Dollar aus Warschau flüchtig geworden.

** San Diego, Amerikas neuer Luftschiffhafen. Der amerikanische Marineattaché gibt bekannt, daß die Stadt San Diego in Kalifornien der Heimathafen für lenkbare Luftschiffe sein soll. „Los Angeles“ und „Shenandoah“ sollen dort stationiert werden. Außerdem soll dort eine Luftschiffwerft erbaut werden.

Sport.

** Pferdesport. Christian Klanner ist vom nächsten Jahre ab als Trainer für den Stall Halmar verpflichtet worden. Damit kehrt eine der wertvollsten Kräfte des internationalen Rennsports, ein Mann, den man seinerzeit nur ungern nach Italien scheiden sah, wieder nach Deutschland zurück. Klanners große Erfolge für den Stall Hamiel sind noch unvergessen.

** Wettsahrt „Rund um Vornholm“. Bei schwachem östlichen Winde fand die vom Potsdamer Yachtclub veranstaltete Wettsahrt um Vornholm statt. Ausgeschliffen wurden „Hessen“ und „Colleen“, die durch ein Mißverständnis die nördliche Ausfahrt um Hiddensee benutzten. Zeitentwurf: „Hessen“ 45 Std. 10 Min. — „Unterhavel“ 46 Std. 50 Min. 1. Preis.

** Neuer Schwimmweltrekord. Der Schwede Arne Borg verbesserte in Göttingen den Weltrekord im 500-Meter-Freistilschwimmen auf 8 Min. 19 Sek. Der alte Rekord gehörte ebenfalls dem Schweden mit 6 Min. 19 Sek.

** Automobilrekorde. Neue Weltrekorde über 1 Kilometer und 1 Meile stellte der englische Rennfahrer Campbell mit einem 350pferdigen Wagen in London auf. Campbell erreichte mit fliegendem Start über 1 Kilometer eine Stundengeschwindigkeit von 241,882 Kilometern und über 1 Meile eine solche von 242,682 Kilometern.



Bryan, der amerikanische Präsidentschaftskandidat, betankt durch den Daytoner „Affenprozeß“, ist plötzlich gestorben. Unser Bild zeigt Bryan (rechts) mit Dr. Darrow, dem Hauptverteidiger Scopes.

Letzte Drahtnachrichten.

Beurteilung der deutschen und europäischen Wirtschaftsverhältnisse durch amerikanische Industrielle.

Essen, 29. Juli. Zur Beurteilung der deutschen und europäischen Wirtschaftslage durch namhafte amerikanische Industrielle ist ein Aufsatz aus dem „Iron Age“, der in einem Auszug etwa folgendes feststellt, beigezeichnet: Deutschland kann nicht mehr als der Konkurrent betrachtet werden, der es früher war. Zu keiner Zeit seit dem Waffenstillstand ist Deutschland in der Lage gewesen, seinen Ausfuhrmarkt wiederzugewinnen. Der Wert seiner Ausfuhr in den letzten fünf Jahren hat niemals die Hälfte derjenigen von 1913 überschritten. Während diese Tatsache zum Teil ihre Ursache darin hat, daß die Verbrauchsländer nicht so viel Ware gebrauchen wie früher, hat sie zum anderen Teil ihre Ursache in dem zunehmenden Export der amerikanischen Fabrikation. Die amerikanischen Staaten exportieren in viel größerem Umfang Maschinen als zu irgendeiner Zeit vor dem Kriege. Man hat alle Ursache zu glauben, daß die deutschen Herstellungskosten über den Herstellungskosten der Weltfabrikation liegen und daß die deutschen Maschinen, die jetzt zum Unterschlag von Lagerware neu hergestellt werden, Angebote zum mindesten in gleich hoher Preisforderung haben, wie sie in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten zu erwarten sind. Deutschlands Ausfuhrhandel ist nicht mehr länger subventioniert durch die Kraftunterstützung der Inflationszeit; Deutschland kann die Auslandsgeschäfte auch nicht unterstützen. Die allgemeinen Geschäftsverhältnisse in Deutschland sind verworren. An Reparationslasten und Kriegsoffern trägt Deutschland sehr schwer. Die amerikanischen Fabrikanten sind berechtigt, mit großer Zuversicht auf den Weltmarkt zu gehen, weil die deutsche Wettbewerbsfähigkeit gemindert ist. Die Vereinigten Staaten sind dazu bestimmt, die vorherrschende Stellung zur Versorgung Europas mit Rohmaterial zu bilden. Die tatsächliche Stellung der Vereinigten Staaten in ihrem Handel mit Europa ist stärker als vor 18 Monaten, also vor dem Dawesgutachten. Man kann erwarten, daß der langsame Prozeß um die Wiederherstellung Europas eine große Nachfrage nach amerikanischen Rohmaterialien, Lebensmitteln und Spezialitäten zur Folge haben wird.

Erhöhung der Beamtengehälter?

Berlin, 30. Juli. Das Berliner Tageblatt meldet: Im Reichstag waren gestern Gerüchte im Umlauf, die Regierungsparteien würden beabsichtigen, durch einen besonderen Antrag den Reichsfinanzminister zu ermächtigen, eine Gehaltserhöhung für die Beamtenchaft vorzunehmen. Wie das Blatt weiter erfährt, ist für die Beamten der unteren Gruppen 1—6 eine 12 prozentige und der Gruppen über 6 aufwärts eine 10 prozentige Erhöhung vorgesehen.

Amerikanische Kredite für die Landwirtschaft.

Berlin, 30. Juli. Wie die Morgenblätter erfahren, wird über die Frage der amerikanischen Kredite für die Landwirtschaft in der am 5. August stattfindenden Generalversammlung der Rentenbankkreditanstalt Bericht erstattet werden. Irgendwelche Abschlüsse über amerikanische Kredite an die deutsche Landwirtschaft können vor diesem Zeitpunkt nicht in Frage kommen.

Keine Milderung der polnischen Ausweisungsvorschrift.

Berlin, 30. Juli. Wie die Morgenblätter melden, hat der polnische Innenminister Raczkiewicz in Neustadt (Pommern) den dortigen Pressevertretern nochmals erklärt, daß die polnische Regierung von dem ihr durch die Wiener Konvention gewährtem Recht der Ausweisung der Optanten Gebrauch machen werde. Unter diesen Umständen ist die deutsche Regierung entschlossen, ihrerseits zur Ausweisung jener polnischer Optanten zu schreiten, die das deutsche Gebiet bis zum 1. August nicht verlassen haben werden. Die Verantwortung dieser Angelegenheit fällt auf Polen, dessen Vorgehen mit den Reden des Grafen Strzebinsky schlecht übereinstimmt, der in Amerika die humanitären Grundsätze der friedliebenden polnischen Politik verkündete.

Antibolschewistische Bewegung im Amorgebiet.

Warschau, 30. Juli. Nach einer Radiomeldung nimmt die antibolschewistische Bewegung im Amorgebiet einen drohenden Charakter an. Es schließen sich Zehntausende der Bewegung an und vernichten alles auf ihrem Wege. In Blagowestschensk wurden die Verwaltungsgebäude sowie sämtliche Regierungsgebäude ausgeplündert. Der Volkskommissar für das Kriegswesen Grunse, der augenblicklich in Minsk weil, ist von dem Ernst der Lage verständigt und dringend nach Moskau berufen worden.

Hôtel Schützenhaus.
 Sonntag, von 6 Uhr an
feiner BALL
 In der Hindenburg-Diele
feines Konzert!
 Es ladet freundlichst ein **Alwin Höntsch.**

Gasthof Pulsnitz M. S.
 Sonntag von 5 Uhr an
feiner Ball!
 Freundlichst laden hierzu ein
Hermann Menzel u. Frau.

Schwimmabteilung
„Turnerbund“ Pulsnitz.
 Montag, Freitag, abends 8 Uhr **Veranstaltung**
 „Grauer Wolf“, Gauschwimmen in Schandau betr. D. V.

Alle Schüler und Schülerinnen
 der **Handelschule**
 und **Fachschule für Textilindustrie,**
 die an der **Fahrt nach München,** vom 9./8. bis 16./8.
 teilnehmen wollen,
 versammeln sich **Sonabend, am 1./8. 25,**
 nachm. 3 Uhr in der **Schule.**
 Alles Nähere wird dort bekannt gegeben.
Ab. Walter, Lehrer.

Bestellungen auf
Saatroggen
 Rirsches Stahroggen, 1. Absaat
 nimmt bis 15. August 1925 entgegen
Rittergutsverwaltung Ohorn.

Ihren Umsatz vergrößern!

Es muß wohl überlegt werden, in welcher Weise Sie Ihre Anordnungen treffen wollen. Nur wenn Sie der breiten Öffentlichkeit Ihr Angebot zuführen, werden sich Ihre Hoffnungen auf einen guten Absatz Ihrer Ware erfüllen. Zu diesem Zwecke benutzen Sie am besten die Zeitungsklame, die nach dem einmütigen Urteil aller erfahrenen Reklamefachleute jedwede andere Werbemöglichkeit bei weitem in den Schatten stellt. Durch das

„Pulsnitzer Tageblatt“

die weitverbreitetste Tageszeitung in Stadt und Land, finden Ihre Inserate eine stets wirkungsvolle Veröffentlichung und sichern Ihnen höheren Erfolg

Persil
 kalt auflösen!

Gebrauchen Sie Persil allein und ohne Zusatz! Es wird in kaltem Wasser aufgelöst, die Wäsche kommt in die kalte Lauge und wird einmal gekocht. — Das ist die richtige Art zu waschen! Versuchen Sie es nur ein einziges Mal! — Sie gehen nie mehr davon ab!

Miet-Auto!
 moderner 6 Sitzer, für Geschäfts- und Gesellschaftsfahrten empfiehlt
Richard Paufler
 Landmaschinenhandlung
 Fernruf 71 **Großröhrsdorf i. Sa.**
 Bestellungen rechtzeitig erbeten!
 Zuverlässiges Führer - Personal!

Ein Pferd
 brauner Walach, schönes Tier, gesund verkauft
Max. Mißbach, Landschaftsgärtner
 Stegan bei Nadeberg
 Anzusehen Sonntag oder abends ab 6 Uhr.

Jede Familie ihre eigene Zeitung!
 Das erspart Ärger und Verdruß!

Turn- u. Verein
 Obersteina (DT)
 Sonnabend, den 1. Aug. abends 9 Uhr
Versammlung.
Zu verkaufen
Rnörriehjamen
 zu verkaufen
H. Förster, Oberlichtenau 92

Briefumschläge
 fertigen billigst
E. L. Försters Erben.
Stellen-Angebote
Stenotypist (in)
 zum baldigen Antritt nach Großröhrsdorf gesucht.
 Ausführliche Angebote unter **M. W. 100** an den Anzeiger für Großröhrsdorf erbeten.



Ein kaltes Frühlück — bei 34 Grad im Schatten.

Hierzu 1 Beilage

Vom Heimatfest.
 Im Nachstehenden bringen wir eines der vielen Dankschreiben an Herrn Bürgermeister Kannegießer auf Wunsch des Einsenders zum Abdruck. Herr Cunradi will dadurch auch der Bürgererschaft danken:
 Öbbeln, 28 Juli 1925.

Herrn Bürgermeister Kannegießer als Ehrenvorsitzender der Doppelfestler der Stadt Pulsnitz!
 Nachdem die herrlichen Tage der Pulsnitzer Stadtrechtsfeier verbunden mit Heimatfest verrauscht und wir wieder nach Öbbeln, das uns eine zweite Heimat geworden, zurückgekehrt sind, ist es uns ein dringendes Bedürfnis, unserer lieben Heimat- und Geburtsstadt Pulsnitz von Herzen tausendmal zu danken für all das Herrliche und unvergesslich Schöne, was wir während des Festes in ihren Mauern gesehen und gehört haben.
 Es hieße alle die feillichen Veranstaltungen von der Friedhofsfest am Sonnabend an bis zum Schlußakt des Festes am Dienstag abend in ihrer überaus eindrucksvollen Wirkung nur abschwächen, wollten wir auch nur flüchtig noch einmal auf alle Einzelheiten zu sprechen kommen. Es war alles in allem so einzigartig schön, daß das kleine Pulsnitz mit Stolz und größter Genugtuung auf die veranstaltete Doppelfest blicken kann und wir Gäste aus der Ferne aus dem Staunen und der Bewunderung über die in so überreichem Maße dargebotenen und in allen ihren Teilen so wohlgeordneten feilchen Veranstaltungen nicht herauskamen.
 Pulsnitz hat mit seiner 550 jährigen Stadtrechtsfeier und dem damit verbundenen Heimatfest ein leuchtendes Ruhmesblatt in seine Stadtauen gebettet und einen reichen Beitrag zur Belebung des in unserer Zeit so vielen mangelnden Heimatfinnes und der Heimatliebe geliefert.
 Zeitbens werden wir der herrlichen Stunden gedenken, die wir während der Festtage in unserem lieben Pulsnitz verleben durften, und dankersfüllen Herzens wünschen wir: Möge unser liebes Pulsnitz auch in Zukunft weiter blühen und gedeihen und jederzeit ein gesunder, dem Fortschritt dienender Bürgerkinn seine Gesichte lenken! Ein dreifaches Hoch der lieben Vaterstadt!
 In ergebener Hochachtung
 Volksschuloberlehrer **Curt Cunradi und Frau.**

Das Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925.
 2. Rang der aufgewerteten Hypothek.

§ 6. Die aufgewertete Hypothek behält ihren bisherigen Rang, soweit sich nicht aus den Vorschriften über den Rangvorbehalt für den Eigentümer (§ 7) oder über die Rückwirkung (§§ 20, 21) etwas anderes ergibt. Die Aufwertung der Hypothek ist auf Antrag des Gläubigers oder des Eigentümers in das Grundbuch einzutragen; wird der Antrag von dem Eigentümer gestellt, so bedarf es der Vorlegung des Hypothekenbrieves nicht.
 Den in der Zeit vom 1. Februar 1924 bis zum 1. Oktober 1924 von einem anderen erworbenen oder für ihn vorgemerkten Rechten geht die Hypothek insoweit im Range nach, als sich nach den Vorschriften dieses Gesetzes gegenüber den Vorschriften der Dritten Steuernotverordnung ein höherer Aufwertungsbeitrag ergibt. Die Erhöhung bleibt unberücksichtigt, soweit sie auf der Einführung des Umrechnungsverhältnisses (§ 2) beruht.

3. Rangvorbehalt für den Eigentümer.
 § 7. Der Eigentümer ist befugt, im Range nach dem an erster Stelle eingetragenen aufgewerteten Rechte und vor den diesem nachgehenden Rechten eine Hypothek oder Grundschuld in Höhe von 25 vom Hundert des Goldmarkbetrages des aufgewerteten Rechtes mit dem üblichen Zinsfuß einzutragen zu lassen. Liegt der Goldmarkbetrag eines aufgewerteten, im Range nachgehenden Rechtes in voller Höhe innerhalb der für die Anlage von Mündelgeld geltenden Sicherheitsgrenze, so ist der Eigentümer befugt, auch im Range nach diesem Rechte und vor den diesem im Range nachgehenden Rechten eine Hypothek oder Grundschuld in Höhe von 25 vom Hundert des Goldmarkbetrages mit dem üblichen Zinsfuß einzutragen zu lassen. Sind in unmittelbarem Zusammenhang mit dem an erster Stelle eingetragenen aufgewerteten Recht zugunsten desselben Gläubigers andere aufgewertete Rechte eingetragen, so gelten, sofern der Gläubiger ein öffentlich-rechtliches oder unter Staatsaufsicht stehendes Unternehmen ist, das nach Gesetz oder Satzung bestimmte Beleihungsgrenzen einzuhalten hatte, die Rechte zusammen im Sinne dieser Vorschrift als ein einheitliches, an erster Stelle eingetragenes Recht.
 Soweit es bei der Beurteilung der Mündelsicherheit auf das Verhältnis des Rechtes zum Grundstückswert ankommt, ist als Grundstückswert der berechnete Wehrbeitragswert (Artikel II § 3 Abs. 1 Ziffer 1 der Zweiten Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923, Reichsgesetzblatt I S. 1205) oder, soweit ein berechneter Wehrbeitragswert nicht festgestellt ist, der unter entsprechender Anwendung der bezeichneten Vorschriften durch die Aufwertungsstelle zu ermittelnde Wehrbeitragswert zugrunde zu legen.
 Die Befugnis, an der vorbehaltenen Rangstelle eine Hypothek oder Grundschuld einzutragen zu lassen (Abs. 1) wird, auch solange die Befugnis nicht eingetragen ist, dadurch nicht berührt, daß ein im Range nachgehendes Recht von einem Dritten erworben ist. Die Befugnis ist bei der Eintragung der Aufwertung von Amts wegen, auf Antrag des Eigentümers auch früher, in das Grundbuch einzutragen.
 Bestehen an dem Grundbuch Rechte, die auf Reichsmark, ein ausländische Währung, auf Feingold, Roggen oder einen anderen wertbeständigen Maßstab lauten, so nehmen sie in der Reihenfolge ihres Ranges die für den Eigentümer vorbehaltene Rangstelle ein. Der Gläubiger eines solchen Rechtes kann an Stelle des Eigentümers die Eintragung des Rechtes an der dem Eigentümer vorbehaltenen Rangstelle beantragen. Die Reichsregierung wird ermächtigt, Vorschriften zur Berechnung des Goldmarkwertes dieser Rechte zu erlassen.
 Der Eigentümer kann mit Zustimmung der im Abs. 4 bezeichneten Gläubiger auf die Befugnis, an der vorbehaltenen Rangstelle eine Hypothek oder Grundschuld einzutragen zu lassen (Abs. 1) verzichten. Der Verzicht bedarf zu seiner Wirksamkeit der Eintragung in das Grundbuch. Soweit ein Verzicht erfolgt ist, findet die Vorschrift des Abs. 4 keine Anwendung.

4. Herabsetzung der Aufwertung.
 § 8. Der Eigentümer kann eine Herabsetzung der Aufwertung um höchstens 10 vom Hundert des Goldmarkbetrages verlangen, wenn dies mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage zur Abwendung einer groben Unbilligkeit unabwendbar erscheint. Die Herabsetzung der Aufwertung ist nur zulässig, wenn das Verlangen vor dem 1. April 1926 bei der Aufwertungsstelle gestellt wird. In den Fällen der §§ 203, 204, 206, 207 des Bürgerlichen Gesetzbuches kann das Verlangen noch bis zum Ablauf von drei Monaten nach Fortfall des Hindernisses gestellt werden.
 Ist die Herabsetzung der Aufwertung rechtzeitig bei der Aufwertungsstelle beantragt, so ist auf Antrag des Eigentümers ein Widerspruch in das Grundbuch einzutragen. Die Eintragung des Widerspruches setzt die Eintragung der Aufwertung nicht voraus.



